

OFFENEN BRIEF AN HERRN STEINMEIER ZU SEINER REDE VOM 9. NOVEMBER 2025

Regula Heinzelmann

11. November 2025

Die Rede von Herrn Steinmeier findet man unter folgendem Link:

<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2025/11/251109-9-November-Matinee.html>

Herr Steinmeier – ich weiss nicht, ob Sie meinen offenen Brief jemals lesen werden, denn ein X-Konto haben Sie nicht – fürchten Sie etwa den Shitstorm (aus Höflichkeit benütze ich den englischen Ausdruck)? Eine Petition einzureichen hat wohl auch keinen Sinn - in Ihrem Grundgesetz ist es nicht vorgeschrieben, dass Politiker Petitionen zur Kenntnis nehmen müssen, das ist eine ordentliche Rechtslücke.

Ich schreibe diesen Brief als Schweizerin mit vielen deutschen Freunden.

Sie berufen sich auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Was diese Orwell-Vokabel heute bedeutet weiss man: Diktatorische Massnahmen der Regierung und der Blockparteien (CDU, SPD, Grüne, Linke), die sich unter Frau Merkel schleichend und unter den neuen Regierungen galoppierend entwickelt haben und die im Januar 2024 von Frau Faeser angedroht wurden. Darunter fallen Festnahmen wegen Regierungskritik, Hausdurchsuchungen, Untersuchungshaft für Oppositionelle, die weit über das vorgeschriebene Maximum ausgedehnt wird und dauernde Diffamierungen von Politikern und Medien.

Andererseits dürfen Antisemiten grosse Demonstrationen gegen Israel durchführen, Messerstecher und Vergewaltiger werden kaum bestraft und die sogenannte Antifa kann Brandanschläge auf Autos und AfD Politiker durchführen und Veranstaltungen von Oppositionellen stören. Und was ist mit den sieben AfD Kandidaten in NRW, die noch vor den Wahlen gestorben sind? Da an Zufall zu glauben ist reichlich naiv, aber polizeiliche Untersuchungen wurden meines Wissens nicht vorgenommen.

„Natürlich müssen die Beamtinnen und Beamten in der Ausübung ihres Amtes neutral sein im parteipolitischen Sinn.“ Das sagten Sie und es gilt auch für Sie als Bundespräsident.

Weiter sagten Sie: „Eine Partei, die den Weg in die aggressive Verfassungsfeindschaft beschreitet, muss immer mit der Möglichkeit des Verbots rechnen.“ Jedem ist bekannt, dass Sie damit nicht etwa Gruppierungen meinen, die die Scharia einführen wollen oder solche die sich demokratisch nennen, aber Andersdenkende mit Gewalt angreifen. Sonst hätten Ihre Regierungen längstens Konsequenzen gezogen.

Man weiss, dass Sie mit Ihren Drohungen von Partei- und Berufsverbot die AfD meinen warum sagen Sie das also nicht direkt? Gegen diese stänkern Sie ja schon lange auf ähnliche Art.

Sie sagten: „Da sind Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Brandmauern ein Signal.“

Das Volk der DDR hat nicht gegen die Mauer gekämpft, um jetzt willkürliche Brandmauern gegen seine stärkste Partei zu tolerieren. Im Osten wird man sich gegen willkürliche Massnahmen wehren und tut es jetzt schon, viel energischer als im Westen. Nie mehr wird dieses Volk eine Diktatur akzeptieren.

Pech für Sie, dass die AfD im ersten Punkt des Grundsatzprogrammes, das 2016 an einem Mitgliederparteitag demokratisch beschlossen wurde die **echte Demokratie nach Schweizer Vorbild** verlangt, nämlich mit Volksentscheiden. Das ist der einzige Punkt, in dem sie dem Grundgesetz widerspricht, aber Sie behaupten, die AfD will die Demokratie abschaffen. Natürlich wären Volksentscheide eine Dauerblamage für Ihre Regierung.

Das folgende schreibe ich im Namen des Schweizer Volkes – ja so heisst das bei uns: Die Behauptung, dass eine Partei, die Demokratie nach unserem Vorbild verlangt, zu den Demokratieverächtern gehört, betrachte ich als Ehrverletzung gegen mein Volk. Dabei haben Sie und einige andere Politiker, die ähnliche Reden führen, offensichtlich vergessen, dass die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner von Deutschland ist. Ihr Glück, dass wir im Moment die schlechteste Regierung seit 1291 haben – ich wünsche auch vor der eigenen Tür - sonst hätte das Konsequenzen. Aber das kann immer noch kommen.

Auf jeden Fall akzeptiert unser Volk sicher nie mehr eine Diktatur in einem Nachbarland. Ich vergleiche Ihre Regierung hier ausdrücklich nicht mit den Nationalsozialisten. Diese will ich nicht so massiv verharmlosen wie viele Politiker und Medienleute in Deutschland das tun, indem sie Staatskritiker und vor allem die AfD mit diesen in einen Topf werfen. Dieser Vergleich ist auch historisch falsch: Die AfD bekam bei den Bundestagswahlen im Gründungsjahr 2013 4,7 %, die NSPAD nach jahrelangem Bestehen 1928 2,6 %. Dazu hatte die NSPAD schon 1921 die SA zur gewaltsamen Einschüchterung von Gegnern gegründet. **Bei der AfD ist es umgekehrt, sie hatte sofort Erfolg und ihre Leute werden attackiert von Organisationen wie der Antifa.**

In einem Punkt haben Sie sogar recht: „1949 haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes nicht vorstellen wollen, dass erneut erklärte Gegner der Demokratie in Schaltstellen der Politik und des öffentlichen Dienstes eindringen könnten.“ Sicher haben diese nicht erwartet, dass nur 80 Jahre nach dem Krieg ein Bundespräsident der BRD von Partei- und Berufsverboten redet. Und das Grundgesetz schützt leider sehr schlecht von antidemokratischen und willkürlichen Machenschaften der Regierung und der Behörden, es fördert sie im Gegenteil noch mit den „Instrumenten“, die Sie nennen. Und es gibt dem Volk keine Möglichkeit, Fehlentscheidungen des Parlamentes zu korrigieren, z.B. durch Unterschriftensammlung ein Referendum zu verlangen. Nur ein sehr verschwommenes Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4.

Das war mir schon 1979 klar, ich schrieb es in einer deutsch-schweizerischen Seminararbeit. Und ich erwartete damals nicht, das ich noch nicht mal 50 Jahre nachher und gerade mal 31 Jahre nach der Wiedervereinigung mich auf die Seite der Opposition in Deutschland stellen muss.

Zum Schluss zitiere ich Bundeskanzler Adenauer: „Die Enkel sollen vom Wohlstand profitieren“. Heute muss man mit Goethes Mephisto sagen: "Weh dir, dass Du ein Enkel ,(Ur- und Ururenkel) bist".

Sicher bin ich einig mit vielen Deutschen: **Treten Sie zurück!**